

Janusz Reiter

## Replik

Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren,

ich wollte Ihnen, Herr Ministerpräsident, insbesondere für die starken Worte der Unterstützung für die EU-Erweiterung danken. Es ist bekannt, dass Schweden die Erweiterung der Europäischen Union sehr stark unterstützt und es gehört vielleicht zu den schwedischen Paradoxen, dass in manchen Meinungsumfragen die Unterstützung für die Aufnahme neuer Mitglieder größer ist als die Unterstützung für das Verbleiben in der Europäischen Union.

Herr Ministerpräsident, Sie haben am Anfang über die Situation nach dem 11. September gesprochen; sehr eindrucksvoll, wie ich meine. Lassen Sie mich dazu eine Bemerkung aus meiner Perspektive machen. Mitte der achtziger Jahre ist der damalige Leiter eines polnischen Instituts in New York, in dem für polnische Geschichte wichtige historische Bestände aufbewahrt werden, gefragt worden, wann diese Bestände nach Polen verlegt werden könnten. Er antwortete: Niemals. Warum niemals, fragte ihn der Journalist. Erstens, weil Polen dafür frei werden müsste, und selbst, wenn Polen frei würde, wisse er als Historiker, dass Polen ein viel zu unsicherer Ort sei, um solche wertvollen, wichtigen Bestände dort zu lagern. Die blieben lieber an dem anderen Ufer des Atlantiks in New York. Nach dem 11. September sind manche Gewissheiten zusammengebrochen, ein Weltbild ist im Grunde genommen zusammengebrochen.

Viele sagen, nach diesem 11. September sei die Welt anders. Das ist stark übertrieben. Erstens: Der Kampf gegen den Terrorismus hat viele Probleme überschattet, aber nicht gelöst. Die Probleme bleiben, und sie werden früher oder später wieder zum Vorschein kommen. Zweitens: Wenn sich so vieles so schnell ändert, dann müssen

wir, glaube ich, umso mehr wissen, was sich nicht ändern darf. Wir haben betont, dass die Europäische Union eine Wertegemeinschaft sei. Das ist wohl ein wichtiges Charakteristikum der Union, das man auch immer wieder betonen muss, denn sie ist keine machtpolitische Allianz, sondern ein völlig neues Modell der Beziehungen zwischen Völkern in Europa. Und das macht sie auch so attraktiv für die Beitrittskandidaten. Übrigens, die Union setzt sehr hohe Standards für die Beitrittskandidaten, aber ich bin sehr froh darüber, denn ich sage, ich bin überzeugt, die Beitrittskandidaten – auch mein Land eingeschlossen – werden die Qualität der Demokratie und der Marktwirtschaft nur dann erreichen und voll stabilisieren können, wenn sie eingebunden sind in die Europäische Union. Und wenn ich mich umschaue in der Nachbarschaft meines Landes, dann gibt es auch andere Standards. Ich glaube, es liegt im Interesse der ganzen Europäischen Union, aber insbesondere im Interesse unserer Nachbarn in der EU, dass wir mit ihnen diese hohen Standards der Demokratie und der Marktwirtschaft teilen.

Ich will über den EU-Beitritt gar nicht reden, sondern ich will vielmehr über die Probleme nach dem Beitritt reden, denn ich betrachte den Beitritt als eine Frage, die entschieden ist. Es ist nur eine Frage der Zeit; eine Frage von wenigen Jahren. Lassen Sie mich Folgendes sagen: Polens Selbstverständnis, Polens Politik ist immer sehr stark geprägt gewesen von der Ost-West-Lage, von der Ost-West-Problematik, aus Gründen, die ich nicht erläutern muss. Diese Achse der europäischen Politik erscheint heute weniger wichtig, aber sie sollte nicht vernachlässigt, nicht unterschätzt werden. Ich denke hier nicht nur an die Einbindung Russlands. Dass das wichtig ist, leugnet niemand, davon spricht man sehr viel. Aber ich denke hier auch an die Ukraine und an Belarus, an zwei Länder, die allein wegen ihrer geographischen Lage, aber auch wegen ihrer Größe – das trifft insbesondere für die Ukraine zu – für Europa wichtig sind und Interesse verdienen. Und wenn ich überlege, wie viele Politiker, Experten, Militärs das kleine Mazedonien heute beschäftigt und warum, dann denke ich mir, wir sollten vielleicht klug vor dem Schaden sein und nicht erst nach dem Schaden. Und ich glaube, hier kann Polen auch seinen eigenen Beitrag leisten. Wir haben nicht nur gute Beziehungen zur Ukraine, wir haben

auch einen *modus operandi* gefunden für die Zusammenarbeit, für die Kontakte mit Belarus, was nicht leicht ist, aber vielleicht für die EU von Interesse sein kann. Dieses Konzept beruht auf einer kritischen Distanz zu dem Regime Lukaschenko, aber bei gleichzeitiger praktischer Zusammenarbeit sowohl mit staatlichen Institutionen als auch mit der Opposition und insbesondere auch mit Nongovernmental Organizations (NGOs). Und ich fände es in jeder Hinsicht wertvoll, wenn die Europäische Union von dieser Erfahrung Gebrauch machen wollte und vielleicht auch schon vor dem Beitritt Polens zu einer Art Sprecher ihrer gemeinsamen Belarus-Politik machte.

Polen definiert sich aber nicht nur durch die Ost-West-Lage. Wir haben gerade in den letzten Jahren entdeckt, dass Polen auch ein Ostseeland ist. Wir haben das früher eigentlich nicht so genau gewusst oder keine Schlussfolgerungen daraus gezogen. Dieser Ostseeraum ist interessant, weil er im Entstehen ist, weil man hier nicht etwas übernimmt, was andere schon früher geschaffen haben, sondern hier kann man von Anfang an für Europa Neues und Wichtiges mit gestalten. Mit Schweden, aber auch mit Deutschland und anderen Ländern dieser Region. Wir teilen mit unseren Ostseeneachbarn das Interesse, dass die Europäische Union eine starke nördliche und östliche Prägung hat. Lassen Sie mich hier sagen, die nördliche Dimension der Europäischen Union ist für uns ein besonders anregendes Beispiel, und wenn wir eine Art östliche Dimension der Europäischen Union in Zukunft aufbauen sollten, dann überschneiden sich diese beiden Dimensionen unter anderem und insbesondere in Kaliningrad. Und wenn die erhoffte Annäherung zwischen Polen und Russland zustande kommt, dann wäre Kaliningrad geradezu ein ideales Testfeld für diese neue Nachbarschaft. Ich führe diese nördliche Dimension als Beispiel an, weil ich glaube, dass es ein anregendes Beispiel dafür ist, wie auch kleinere und mittelgroße Länder ihren Beitrag leisten können zur Gestaltung der Politik der Europäischen Union. Diese Frage ist für Polen sehr wichtig, auch unter dem Gesichtspunkt der gemeinsamen europäischen Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik. Diese sollte nicht den großen EU-Ländern allein überlassen werden, auch wenn diese eine besondere Verantwortung übernehmen

können. Ich nehme an, dass die enge Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Deutschland und Frankreich so zu verstehen ist und nicht als eine exklusive Gruppenbildung.

Übrigens, wenn diese drei beweisen wollten, dass sie zu neuen Ideen fähig sind, dann könnten sie das vielleicht unter anderem dadurch beweisen, dass sie die Frage der Verteilung der Plätze im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unkonventionell lösen. Warum könnte es hier nicht eine Art EU-Troika mit Großbritannien, Frankreich und Deutschland geben, mit immer zwei von diesen drei Ländern als ständigen Mitgliedern und einem Platz für die ganze Europäische Union – vertreten von wem auch immer, z.B. vom Hohen Vertreter.

Sie haben, Herr Ministerpräsident, hier eine Vision der Europäischen Union vorgetragen, die, wie es der schwedischen Tradition entspricht, sich von pragmatischen Überlegungen leiten ließ. Ich werde oft gefragt, was denn die polnische Vision der Europäischen Union sei. Ich antworte: Wir wissen es noch nicht, weil wir im Grunde genommen am Anfang dieser Diskussion sind. Lassen Sie mich nur einen Unterschied hervorheben zwischen unseren Ländern. Sie haben in Schweden eine Tradition des Staates, der die Autorität seiner Bürger, das Vertrauen seiner Bürger genießt. Wir haben diese Erfahrung nicht machen können. Wir hatten entweder einen fremden Staat in der Zeit der Teilungen oder aber einen Staat, der zumindest nicht bürgerfreundlich war; mein Staat hat mir bis zu meinem 38. Lebensjahr zwar einen gewissen Schutz gegeben, aber gleichzeitig musste ich mich vor meinem Staat schützen. Das prägt mein Denken, aber auch das Denken vieler Menschen in Polen, und deshalb fällt es vielleicht mir nicht so schwer, daran zu denken, dass manche Aufgaben dieses Nationalstaates übertragen werden könnten auf Institutionen, die supranational sind. Ich denke darüber auf jeden Fall ohne Tabus nach und ich sehe auch in meinem Lande ein verstärktes Interesse an früher so undenkbaren Modellen wie einem föderalen Europa; auch wenn das eine sehr vage Vision ist.

Lassen Sie mich zum Schluss eines sagen: Nach dem 11. September kommt der Frage der inneren Sicherheit in der Europäischen

Union eine noch größere Bedeutung zu und das bedeutet für die neuen Länder der Europäischen Union, in diesem Falle insbesondere für Polen, wir werden kritischer, noch kritischer beobachtet und gefragt, inwieweit wir im Stande sind, die künftige gemeinsame EU-Außengrenze zu kontrollieren. Ich glaube, dass wir dabei nicht nur Unterstützung durch unsere Partner brauchen, sondern wir brauchen hier auch unkonventionelle neue Lösungen. Ich habe nichts gegen eine gemeinsame europäische Grenzpolizei, einen gemeinsamen europäischen Grenzschutz, nicht nur für die östliche Grenze, für alle Außengrenzen der Europäischen Union. Auch die Bekämpfung der organisierten Kriminalität lässt sich nicht nationalstaatlich organisieren. Ich will damit nicht sagen, dass die Zentrale Europol in Den Haag sein muss und von dort alles gesteuert wird. Die Europäische Union wird größer; man könnte vielleicht auch regionale Zentren schaffen, die miteinander vernetzt sind und miteinander kooperieren.

Ich glaube und ich bin sicher, wir werden kein Europa aus einem Guss bekommen; das wird gar nicht gehen. Das Gesamtkonzept wird immer theoretische Schwächen haben. Es muss nur verständlich sein für die Menschen. Das ist vor allem eine Frage des Vertrauens. In der Zeit, als die Europäische Union oder Gemeinschaft geboren wurde aus den Erfahrungen der Kriegsgeneration, aus der Erfahrung der Bedrohung, gab es ein Vertrauen in Europa, ein Vertrauen in die europäische Idee. Von diesen Anfängen haben wir uns sehr weit entfernt. Möglicherweise erinnert uns die neue Terrorismusgefahr daran, dass Freiheit nie für immer gesichert ist, dass man sie immer neu erkämpfen, bestätigen muss und dass die Europäische Union den besten Raum dafür bietet, den Europa je erfunden hat.

Vielen Dank.